

RAINER PÖPPINGHEGE

„Ein herrliches Sommersemester 1933!“ Die Gleichschaltung der Studentenschaft in Münster

Als im Februar 1934 der westdeutsche Kreistag des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) in Münster zu Ende ging, berichtete der Münsterische Anzeiger über die abschließende Rede des an der dortigen Universität studierenden Kreisführers Albert Derichsweiler:

„In Münster fand die Tagung mit großen Kundgebungen ihren festlichen Ausklang. Daß man diesen denkwürdigen Schluß nach Münster verlegt hatte, das sollte nach den Worten des Kreisführers cand. jur. Derichsweiler eine Anerkennung und Dankesbezeugung dafür sein, daß die münsterische Studentenschaft in ihrer politischen Schulungs- und Erziehungsarbeit *beispielgebend für die gesamte deutsche Studentenschaft* gewirkt habe.“¹

Selbst wenn man dem ehemaligen Führer der münsterischen Studentenschaft Derichsweiler unterstellt, der Partei mit dem Hinweis auf die eigene erfolgreiche Arbeit imponieren zu wollen, so mag seine überaus positive Einschätzung doch überraschen. „Beispielgebend für die gesamte deutsche Studentenschaft“ – ein Prädikat, das nur diejenige Studentenschaft beanspruchen konnte, die sich freudig den nationalsozialistischen Wünschen fügte und zum Aufbau eines „Dritten Reiches“ beitragen wollte. Es gilt daher zu überprüfen, inwieweit die Studentenschaft in der ehemaligen Hochburg des politischen Katholizismus hierzu bereit war.

Im Münsterland dominierte die Zentrumspartei: auf dem Land stärker als in der Stadt Münster, in den Anfangsjahren mehr als gegen Ende der Weimarer Republik. In Münster selbst hatte die Partei ihre Monopolstellung teilweise eingebüßt. Neben den Reichstagsparteien existierte Ende der zwanziger Jahre eine Vielzahl völkischer, nationalistischer und anderer rechtsextremer Verbände.² Als bald erlebte auch die NSDAP einen Aufwärtstrend. Zu Beginn der dreißiger Jahre besuchten regelmäßig mehrere tausend Personen die Kundgebungen und Versammlungen der NSDAP. Als im Frühjahr und Herbst 1932 mit Strasser und Goebbels prominente Vertreter der Partei in Münster sprachen, kamen 7 000 Zuhörer.³ Bei Reichs- und Landtagswahlen erzielte die NSDAP in der Stadt Münster seit 1930 beachtliche Ergebnisse, die sich im Vergleich zu anderen Städten jedoch relativ bescheiden ausnahmen. Sie vermochte ihren Stimmenan-

1 Münsterischer Anzeiger (MA) v. 19. 2. 1934 [Hervorhebungen im Original, R. P.].

2 Zum nicht unbedeutenden Potential rechter Organisationen in Münster s. G. Krüger, „Treu-deutsch allewege!“ Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30), Münster 1992.

3 Stadarchiv Münster Polizeiregistratur Fach IV Nr. 96 Bd. I. Zur NSDAP siehe: Ludger Grevelhörster: Anfänge und Entwicklung der NSDAP in Münster bis zur „Machtergreifung“, in: Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster NF 11, S. 155-195.

teil von 9,6% (1930) bis auf ein Viertel der Wählerstimmen zwei Jahre später zu steigern. Damit war sie nach dem Zentrum unangefochten die zweitstärkste Partei in Münster, wo sich seit 1932 der Sitz der Gauleitung befand. Bei den März-wahlen 1933 trennten sie nur noch fünf Prozentpunkte vom Ergebnis der Zentrums-partei.

Jüngere Akademiker und Studierende waren in besonderem Maße für antide-mokratisches Gedankengut, wie es zu Beginn der Dreißiger etliche Parteien und Organisationen vertraten, anfällig. Die Abschaffung der repräsentativen Demo-kratie war erklärtes Ziel vieler Dozenten und Hochschul-ler.⁴ Seit dem Ende des Weltkrieges hatten diese sich nach der starken Hand im Staat gesehnt. Eine auto-ritär geführte Regierung sollte unabhängig vom Reichstag regieren können. Ne-gativ besetzte Reizwörter, wie „Parteiengezänk“, „Zerrissenheit des Volkes“ oder „Erfüllungspolitiker“, kennzeichneten das Bild der Studierenden von der Weimarer Demokratie und erfüllten sie mit Abscheu. Auf diese in der Weimarer Zeit propagierten antidemokratischen Vorstellungen konnten sich die National-sozialisten nach ihrer Machtübernahme berufen. Den Hochschülern schien es zunächst so, als könnten sie ihre politischen Leitideen im Dritten Reich beibe-halten bzw. verwirklichen. Die Schlagworte *Führerprinzip*, *Volkstum* und *Nati-on* hatten sie seit Beginn der zwanziger Jahre vertreten, so daß die „Machtergrei-fung“ zu keinem ideologischen Bruch führte.

Die Entwicklung während der Weimarer Republik

Hinsichtlich ihrer sozialen und geographischen Herkunft sowie ihrer Konfessi-on unterschied sich die Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) von den Hochschülern anderer Universitäten. Der Einzugsbe-reich war im Wintersemester 1932/33 fast ausschließlich auf Westfalen (69,0%) und das Rheinland (14,0%) beschränkt. Da viele Studierende aus dem katholi-schen Münsterland stammten, kann auch die konfessionelle Verteilung nicht überraschen: 66,0% Katholiken standen im Sommersemester 1930 lediglich 33,4% Protestanten und 0,5% Studierende jüdischen Bekenntnisses gegenüber. An preußischen Hochschulen war die Verteilung mit zwei Dritteln Protestanten und einem Drittel Katholiken genau umgekehrt. Der hohe Katholikenanteil un-ter den Immatrikulierten schlug sich vor allem im Bereich der studentischen Vereine nieder. An keiner anderen deutschen Universität gab es ein derartiges zahlenmäßiges Übergewicht der katholischen Verbindungen – der Korpora-tionsgrad der münsterischen Hochschüler überstieg jedoch insgesamt nie 40% und blieb damit unter dem Reichsdurchschnitt von knapp 60%. Zwei Drittel der männlichen Verbindungsstudenten gehörten dem Cartellverband der katholisch deutschen Studentenverbindungen (CV), dem Kartellverband der katholisch

⁴ Vgl. R. Pöppinghege, Absage an die Republik – Das politische Verhalten der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1918-1935, Münster 1994.

deutschen Studentenvereine (KV), dem Unitas-Verband (UV), dem Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften (RKDB) oder dem Hochland-Verband (HV) an. Auch die soziale Herkunft wies einige Besonderheiten auf. Laut Deutscher Hochschulstatistik kamen im Sommersemester 1928 75,5% der WWU-Studierenden aus Familien des unteren Mittelstandes, im gesamten Deutschen Reich dagegen nur 59,8%.

Trotz aller Abweichungen, die aus der spezifischen sozialen und konfessionellen Herkunft der münsterischen Studierenden herrührten, bestanden im politischen Verhalten Gemeinsamkeiten mit anderen Studentenschaften. Die münsterischen Hochschüler waren in der Weimarer Republik nahezu ebensowenig gegen rechtsradikal-antirepublikanisches Gedankengut immun wie diejenigen an anderen Universitäten. Von der Zentrumspartei hatten sich die katholischen Studierenden seit dem Ende des Weltkriegs zusehends entfremdet. An der WWU Münster manifestierten sich rechtsradikale Vorstellungen allerdings weniger in der parteipolitischen Anbindung an den Nationalsozialismus. Vielmehr fanden die Ideen der sogenannten Konservativen Revolution großen Anklang. Die antidemokratischen Katholiken wünschten – anders als die extremen Völkischen – eine Staatsführung, die Gott als oberste Autorität akzeptierte und nicht in das oftmals beklagte „Neuheidentum“ der Nationalsozialisten verfiel. Das Ziel – die Revidierung liberaler Verfassungsprinzipien des parlamentarischen Staates – unterschied sich indes nur geringfügig von dem des übrigen republikfeindlichen Spektrums.

Eine Hochschulgruppe des NSDStB wurde an der WWU erst relativ spät – im Wintersemester 1928/29 – gebildet. Für längere Zeit blieb der NSDStB in Münster nur eine Splittergruppe, bis im Jahre 1930 ein Aufwärtstrend einsetzte. Seit dem Sommersemester 1931 war der Bund die mitgliederstärkste politische Vereinigung an der Universität Münster. Sein Einfluß wuchs, so daß auf der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1933 nach der Kranzniederlegung am Gefallenenehrenmal neben Rektor, Kurator und einem Vertreter der Studentenschaft auch ein Angehöriger des NSDStB das Wort an die anwesenden Studierenden richten konnte.⁵ Dieser Vorgang deutet darauf hin, daß Nationalsozialisten an der WWU vor der „Machtergreifung“ nicht völlig isoliert waren, sondern sich im Spektrum der studentischen Vereinigungen etabliert hatten. Die Gelegenheit, als Vertreter einer politischen Studentengruppe zu den versammelten Studierenden zu sprechen, kam einer bedeutenden und bis dahin einmaligen Aufwertung durch die Universitätsbehörden gleich.

5 Chronik der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 15. 10. 1932 – 15. 10. 1933, 38. Jg. Bis dahin war es üblich, ausschließlich Vertreter des AStA bzw. des Korporationsausschusses, nicht aber Abgesandte einzelner Vereinigungen oder gar politischer Gruppen zu Wort kommen zu lassen.

Frühjahr 1933: Gleichschaltungsbemühungen und Selbstauflösung

Seit dem 30. Januar 1933 traten die Nationalsozialisten an der WWU mit dem Gefühl der Rückendeckung von offizieller Seite zusehends radikaler auf. Dies bekam zuerst die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu spüren, als am 6. Februar der Vortrag eines auswärtigen Redners gestört wurde. Der jüdische Professor Heimann aus Hamburg sollte zum Thema „Sozialistische Planwirtschaft“ sprechen, worauf acht bis zehn „jüngere Leute, die zum Teil ihrem Aussehen nach nicht den Eindruck von Studenten machten“,⁶ versuchten, den Vortrag durch antisemitische Zwischenrufe zu stören.⁷ Schließlich brach Heimann seinen Vortrag ab und schickte sich an, das Institutsgebäude zu verlassen. Draußen wurden Sprechchöre skandiert, die in ihrer Deutlichkeit Rückschlüsse auf die Urheber des Eklats zuließen: „Juden und Marxisten heraus! Was wollen wir? Eine deutsche Hochschule!“⁸ Bei einer anschließenden Schlägerei zwischen Besuchern des Vortrages und nationalsozialistischen Störern gab es zahlreiche Verletzte. Zwei Tage später bekannte sich der NSDStB in der National-Zeitung zum Prinzip „brutaler Gewalt“, wenn es um die Sicherstellung der „deutschen Hochschule“ ohne „fremdrassige Elemente, Juden und Marxisten“ ging.⁹

Der NSDStB konnte sein vordringliches Ziel – die Gleichschaltung der Studentenschaft – nicht ausschließlich mit Hilfe von Straßenterror durchsetzen. Dazu bedurfte es der Auflösung bzw. Selbstgleichschaltung konkurrierender studentischer Organisationen. Die nationalsozialistische Studentenführung setzte alles daran, die bisher „lediglich“ republikfeindlich ausgerichteten Studierenden für die „nationale Erhebung“ zu gewinnen. Zunächst sollte dieses Ziel durch Propagandavorträge erreicht werden.¹⁰ Die Zahl der Kundgebungen und politischen Schulungen nahm drastisch zu, die einzelnen Fachschaften und Arbeitsgemeinschaften vermittelten fachspezifisch nationalsozialistisches Gedankengut. Von ähnlichem Stellenwert wie die Propagandaveranstaltungen war die Gründung einer staatlich anerkannten Studentenschaft, zu deren erstem Führer der nationalsozialistische Student Albert Derichsweiler (Sauerlandia, CV) ernannt

6 Protokoll der Vorfälle, in: Universitätsarchiv Münster (UAM) NU E II 2/138, Bl. 39.

7 Vgl. B. Vieten, *Medizinstudenten in Münster*. Universität, Studentenschaft und Medizin, Köln 1982, S. 215f.

8 UAM NU E II 2/138, Bl. 42.

9 National-Zeitung v. 8. 2. 1933.

10 Der münsterische NSDStB-Bezirksführer des Gaues Westfalen-Nord, Paul Wellensiek (Akademischer Turnerbund Westmark) sprach am 15. 2. 1933 über „Studentische Jugend und nationale Volkserhebung“, Stadtarchiv Münster Polizeiregistratur Fach IV Nr. 96 Bd. II. Die Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen veranstaltete eine Versammlung zum Thema „Die deutsche Studentin im nationalsozialistischen Staat“, von der „Juden“ ausdrücklich ausgeschlossen waren, National-Zeitung v. 9. 5. 1933. Fachschaften organisierten fachspezifische Vorträge. Einen solchen veranstaltete beispielsweise die juristische Fachschaft am 21. 7. 1933 zum Thema „Sterilisation und Euthanasie“, Archiv der Akademischen Verbindung Cheruscia; gefolgt von einem Vortrag im WS 33/34 mit dem Titel „Recht und Nationalsozialismus“, UAM NU E II 2/123.

wurde.¹¹ Damit verbunden war im Frühjahr 1933 die Einrichtung der sogenannten Bündischen Kammer, einer Vertreterversammlung der Verbindungen und derjenigen nationalen Gruppierungen, die noch nicht in nationalsozialistische Organisationen überführt waren. Nicht in der Kammer vertreten waren die Studentinnenverbindungen sowie der Deutsch-Christliche Studentenverein, der Windthorstbund und der Bund Neudeutschland, die drei letzteren wegen politischer Unzuverlässigkeit.¹² Solange die Nationalsozialisten die schlagenden und nichtschlagenden Verbindungen noch duldeten, diente die Bündische Kammer lediglich der „Besänftigung und Kontrolle der Verbände“.¹³ Ein Konflikt mit den Verbindungen sollte offenbar vermieden werden. Deren Auflösung stand erst nach der Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft an. Das vorrangige Ziel der Maßnahmen im Jahre 1933 bestand darin, die republikanische, demokratische und kommunistische Opposition – auch an der WWU – auszuschalten.

Realen Einfluß innerhalb der Studentenschaft übten ausschließlich nationalsozialistische Studenten aus, wie die Bücherverbrennung „Wider den undeutschen Geist“ im Mai 1933 zeigt. Angewiesen von der Deutschen Studentenschaft (DSt), dem Zusammenschluß der Allgemeinen Studentenausschüsse, sollten die örtlichen Studentenschaften in die überall im Reich durchgeführten antisemitischen Boykott- und Ausgrenzungsmaßnahmen eingegliedert werden und so ihre Zustimmung zur neuen Regierung demonstrieren. Auf Vorschlag der DSt-Führung wurden an jeder Universität „Kampfausschüsse“ gebildet, um die einheitliche Durchführung der Aktion zu gewährleisten. Anfang Mai kündigte der münsterische Kampfausschuß in einem Aufruf an die Bevölkerung die Verbrennung an:

„Seit langen Jahren haben sich unter dem Einfluß des alles zersetzenden *Liberalismus* Bücher in Eure Bücherschränke eingeschlichen, die mit dem deutschen Gedankengut nicht das Geringste zu tun haben. Glaubt einer, daß *Juden und Judengenossen* wahrhaft deutsch denken können, was die deutsche Seele bewegt? Das deutsche Schrifttum muß wieder Ausdruck des volksbewußten Denkens und Fühlens werden. Bürger von Münster! *Verbann* deshalb alle undeutschen Bücher aus Euren Büchereien! Liefert sie ab an den dazu eingerichteten Sammelstellen.“¹⁴

11 Derichsweiler stammte aus dem Elsaß und studierte vom WS 31/32 bis SS 1934 Rechtswissenschaft an der WWU. Während dieser Zeit gehörte er der CV-Verbindung Sauerlandia an. 1931 trat er dem NSDStB bei und wurde nach der Machtübernahme Hochschulgruppenführer, nachdem er im SS 1932 das Amt des Conseniors der Sauerlandia ausgeübt hatte. Im Mai 1933 avancierte er zum Führer der münsterischen Studentenschaft und anschließend zum Landesführer Westfalen des NSDStB und der DSt. Am 1. Oktober wurde er Kreisführer Westdeutschland, bevor er am 1. August 1934 die Führung des NSDStB übernahm, die er bis zum 5. November 1936 inne hatte. 1937 wurde Derichsweiler zum Dr. jur. promoviert. Seine Dissertation bewertete der erste nationalsozialistische Rektor der WWU, Naendrup, mit der Note „sehr gut“. Lebensläufe Derichsweilers befinden sich in: Archiv der ehemaligen Reichsstudentenführung Würzburg (RSF) II 145 sowie A. *Derichsweiler*, Die rechtsgeschichtliche Entwicklung des deutschen Studententums von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. jur. Münster 1938; siehe auch meinen Artikel „Ranghöchster Student des Dritten Reiches kam aus Münster“, Münstersche Zeitung v. 26. 7. 1994.

12 RSF I 03 p 253, Bl. 116.

13 B. *Vieten*, S. 227.

14 National-Zeitung v. 7. 5. 1933 [Hervorhebungen im Original, R. P.].

Dem Aufruf folgte eine „Schwarze Liste“ mit den Namen der Schriftsteller, deren Werke in den Augen der Studierenden verbrannt werden mußten. Für den „Kampfausschuß ‚Wider den undeutschen Geist‘“ zeichnete cand. phil. Herbert Roloff, Propagandaamtsleiter der „Münsterischen Studentenschaft“.

Am 6. Mai fand eine große Kundgebung auf dem Domplatz statt, in deren Verlauf es zur Aufstellung eines sogenannten Schandpfahles kam. Insbesondere Werke jüdischer Autoren sollten in den folgenden Tagen durch Anbringen am „Schandpfahl“ unter andauernder Bewachung von Vertretern des nationalsozialistischen Studentenbundes und der Korporationen gebrandmarkt werden. Die Errichtung von „Schandpfählen“ war in mehreren Universitätsstädten geplant worden. Aufgrund technischer Schwierigkeiten bzw. aus Gründen, die die negative Wirkung in der Öffentlichkeit betrafen, ordnete die DSt-Führung jedoch an, einstweilen keine Pfähle zu errichten. Neben Münster mißachteten nur die Studentenschaften in den nationalsozialistischen Hochburgen Rostock, Erlangen, Dresden und Königsberg die Anweisung.¹⁵ Das Schreiben der DSt traf in Münster erst ein, nachdem die Presse die Aufstellung bereits angekündigt hatte.¹⁶ Am folgenden Tag veröffentlichte die National-Zeitung ein Photo des „Schandpfahles“ mit dem nochmaligen Hinweis auf die abendliche Bücherverbrennung.¹⁷ Die Korporationen kündigten an, aus diesem Anlaß zu chargieren. Am Abend des 10. Mai fand die Verbrennung unter reger Beteiligung von Parteiorganisationen, Studierenden, Korporationen und Universitätsbehörden statt. Lediglich die katholisch-theologische Fakultät boykottierte die Veranstaltung.¹⁸ Neben Roloff ergriff seitens der Studenten „Pg. cand. jur.“ Derichsweiler das Wort. Er erklärte, die Bücherverbrennungen seien „nicht etwa blinde Zerstörungswut, sondern ein Läuterungsfeuer für die deutsche Seele, den deutschen Geist und die deutsche Kultur.“ Der Studentenschaftsführer kündigte die „Erneuerung der deutschen Volksseele“ an.

Derichsweilers Worte vermitteln eine ungefähre Vorstellung von der Aufbruchstimmung, die sicherlich nicht alle, aber die meisten Studierenden zu Beginn des Sommersemesters erfaßte. Seit Ende des Weltkrieges hatten sich deutsche Studenten für progressiv gehalten, indem sie gegen die ihrer Meinung nach überkommenen Strukturen der Monarchie und des Weimarer Staates gleichermaßen antraten. Sämtliche in Münster ansässigen republikfeindlichen Organisationen erstrebten einen Neuanfang nach dem scheinbar gescheiterten Experiment mit der liberalen Demokratie. Sie lehnten eine Staatsform ab, die ihrer Meinung nach die Individualisierung, d. h. die Vereinzelung des Menschen nicht unterband und dem ausschließlichen Streben nach materiellen Werten Vorschub

15 H. Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil II, Die Kapitulation der Hohen Schulen Bd. 1, München, London, New York, Paris 1992, S. 88.

16 H. W. Strätz, Die studentische „Aktion wider den undeutschen Geist“ im Frühjahr 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 358.

17 National-Zeitung v. 10. 5. 1933.

18 National-Zeitung v. 12. 5. 1933.

leistete. Die Münsteraner Buchhändler unterstützten die Aktion vorbehaltlos und sprachen in ihrer Resolution die studentischen Motive an:

„Sie [die Buchhändler, R. P.] erblicken in der grundsätzlichen Abkehr der studentischen Jugend von allen undeutschen und volksvergiftenden Strömungen der Moderne die wirksamste Förderung ihrer eigenen Bemühungen um die Verbreitung des echt deutschen, sittlich hochstehenden Schrifttums.“¹⁹

Daß ausgerechnet die Nationalsozialisten den Neuanfang gestalteten, stellte aus der Perspektive vieler münsterischer Hochschüler wohl ein Abweichen vom ursprünglich Erstrebten dar, empfänglich für neu erscheinende politische Aktionsformen waren sie hingegen allemal. In diesem Sinne traf die Beobachtung der National-Zeitung durchaus zu, als zusammen mit den Büchern die Flagge der Weimarer Republik verbrannte: „Daß zu diesem Kehrriecht [!] auch noch ein schwarz-rot-gelber Fetzen geschmissen wurde, machte das Symbolhafte dieses ganzen Abends noch eindrucksvoller.“ In der Tat konnten sich die ehemaligen Republikgegner mit dieser Art von Symbolik identifizieren.

Die bedingte Zustimmung der Anfangsmonate versuchten die Nationalsozialisten zu nutzen, indem sie die politische Erziehung sowie die „körperliche Erüchtigung“ der Studierenden straffer organisierten. Mit den studienbegleitenden Veranstaltungen der SA riefen sie freilich den Unmut von Professoren und Studentenschaft hervor. Schon vor der Eingliederung der Studenten in die SA im November 1933 wuchs die Belastung insbesondere für die Jüngeren in Form von politischen Schulungen, Turnübungen, sogenanntem Wehrsport und Gepäckmärschen derart an, daß einige Dozenten beim SA-Hochschulamt wiederholt Klagen über „müde Studenten“ und nachlassende Studienleistungen vorbrachten.²⁰ Bischof von Galen ersuchte das Rektorat am 15. November, „die hier studierenden Theologen vorläufig von der Beteiligung an den in Aussicht genommenen Übungen ganz oder teilweise“²¹ zu befreien, da dies anderenfalls „zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer Erziehung im Geiste der Kirche führen“²² würde. Galen trat daneben gegen die für den 23. November anbefohlene Übernahme der katholischen Theologiestudenten in die lokale SA-Organisation ein:

„Ich habe ausdrücklich betont, daß ich allein, nicht etwa die Theologen, dafür verantwortlich sein werde, wenn die Theologen den Befehl des ‚Sturmbannführers‘ nicht befolgen würden, und daß ich erwarte, daß den Theologen selbst kein Nachteil daraus erwachsen werde. Das wurde zugesagt.“²³

19 National-Zeitung v. 10. 5. 1933.

20 UAM NU E II 2 gen. Bd. 1, Bl. 199. Die starke Beanspruchung dürfte mancher Student nur widerwillig akzeptiert haben, so daß individuelle Gründe für Kritik an nationalsozialistischen Hochschulalltag eine Rolle spielen konnten.

21 P. Löffler (Hrsg.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-46, 2 Bde. Mainz 1988, S. 50.

22 Ebd., S. 49.

23 Ebd., S. 54.

Mit der Eingliederung der Studentenschaft und der nationalen Verbände wie beispielsweise der Hochschulgruppe des Stahlhelms war die erste Phase der Gleichschaltungsbemühungen, die sich noch durch ein Nebeneinander von nationalistischen und nationalsozialistischen Organisationen auszeichnete, beendet.

Personelle „Säuberungen“

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft kam es mit wachsender Vehemenz zu Versuchen, die Universität von politisch oder rassisch mißliebigen Studierenden und Dozenten zu „säubern“.²⁴ Angehörige des Sozialistischen Studentenbundes zählten zu den ersten Opfern. Im Sommer 1933 verhaftete die Polizei neun Mitglieder der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft. Sie wurden von der Universität verwiesen und einige in ein Konzentrationslager eingeliefert, da man ihnen Kontakte zu münsterischen Kommunisten nachweisen konnte.²⁵ Bei der vorangegangenen Denunziation hatte die nationalsozialistische Studentenführung eine bedeutende Rolle gespielt. Neben einem Treffen mit Vertretern der Staatspolizeistelle Recklinghausen, bei dem es um die Relegation der Verhafteten ging, war es auf Geheiß des Kultusministers zur Gründung eines „aus national zuverlässigen Studierenden bestehende[n] Ausschuss[es]“ gekommen.²⁶ Der Ausschuß, dem auch der Führer der Studentenschaft angehörte, urteilte über die politische Zuverlässigkeit von Universitätsangehörigen und mußte vom Rektor gehört werden. Das Zusammenwirken ging reibungslos vonstatten, da Rektor und Studentenführung Namenslisten zur Überprüfung Mißliebiger austauschten. Eine negative Einschätzung durch den studentischen Ausschuß hatte den Verweis von der Universität zur Folge, wie im Fall des Studenten Bernhard Rüländer, der sich weigerte, der SA beizutreten. Das Urteil von Studentenführerschaftsführer Demmer lautete am 19. Dezember 1933 prompt: „Nach Durchsicht der eingereichten Akten und Prüfung des Falles Rüländer erscheint es mir nicht angängig, dass solche Burschen noch die Hochschule besuchen.“²⁷ Auf Antrag des münsterischen Kreisführers Kurt Böhlke (Franconia, Deutsche Burschenschaft; NSDStB) wurde im Februar 1935 der Sohn des hiesigen Landgerichtspräsidenten, Arnold Münster, von der WWU verwiesen. Dieser sah sich mit einer Hochverratsbeschuldigung konfrontiert, nachdem er im Sommer 1934 kommunistische Flugblätter verteilt hatte.²⁸

24 Im folgenden werden nur Fälle besprochen, an denen Studenten beteiligt waren. Zu den Professoren s. P. Kess, Die Professorenschaft der Universität Münster zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“, (Examensarbeit im UAM) Münster 1993, S. 153-165.

25 Vgl. B. Vieten, S. 225; Verhörprotokoll des Studenten Otto Zielke, in: UAM NU E II 7 spec. Bd. 2, Bl. 179f.

26 UAM NU E II 7 spec. Bd. 2, Bl. 151.

27 Ebd., Bl. 251.

28 UAM NU E II 6 spec. Bd. 1, Bl. 401f; J. Kuropka (Hrsg.), Meldungen aus Münster 1924-1944, Münster 1992, S. 269.

Die Aufwertung, die die studentischen Vertreter durch amtliche Erlasse und Anweisungen erlangten, bekamen auch Mitglieder des Lehrkörpers zu spüren. Einer der ersten war der Althistoriker Friedrich Münzer, den wegen seiner jüdischen Abstammung gleich zu Beginn des Sommersemesters 1933 Studenten in SA-Uniform mit dem Ruf empfangen: „Münzer, das alte Judenschwein, soll nicht länger Professor sein.“²⁹ Münzer, der aufgrund seiner deutschnationalen Gesinnung keinerlei Widerstandsverhalten erkennen ließ, blieb von unmittelbaren Konsequenzen anfangs verschont, wurde jedoch einige Jahre später ins Konzentrationslager Theresienstadt gebracht, wo er starb. Der Mediziner Professor Krause hatte die neue Regierung begrüßt, konnte aber „nicht jede Wendung nationalsozialistischer Politik unwidersprochen hinnehmen“.³⁰ Die Studentenschaft rief unter maßgeblicher Beteiligung der Nationalsozialisten Sybrecht, Sinn sowie des Leiters der Reichsmedizinerschaft, Klein, im Februar 1934 zum Boykott von Krauses Vorlesungen auf.³¹ Die Universitätsbehörden sprachen eine disziplinarische Maßnahme gegen Sinn und Sybrecht wegen dieses schwerwiegenden Vergehens aus, nahmen sie allerdings gleich wieder zurück, da beide in nationalsozialistischem Interesse gehandelt hätten. Dadurch fühlten sich die Studenten in ihrem Eifer anscheinend noch bestärkt und kündigten für das SS 1934 erneut einen Vorlesungsboykott an. Krause zog die Konsequenz, indem er sein Emeritierungsgesuch einreichte und sich am 7. Mai 1934 erschoss.³² In einem weiteren Fall verlangte der stellvertretende Studentenschaftsführer Erfurth (Franconia, Deutsche Burschenschaft; NSDStB) im Dezember 1934 die Absetzung des jüdischen Zoologieprofessors von Ubisch. Nach gezielten Störungen und Tumulten in von Ubischs Vorlesungen sah sich der Zoologe schließlich gezwungen, auf Druck der Nationalsozialisten in Studenten- und Professorenschaft den Dienst zu quittieren.³³

Diese Beispiele verdeutlichen, wie nicht nur die Bespitzelungen und Denunziationen an der Universität zunahmen, sondern daß davon ein „harter Kern“ nationalsozialistischer Studenten profitierte. Geschickt nutzten diese ihren Einfluß, um mißliebige Universitätsangehörige einzuschüchtern oder gar zu vertreiben. Allerdings stießen die extremsten Randalierer mit ihren Terrormaßnahmen beim nationalsozialistischen Rektor Naendrup nicht immer auf Sympathie. Dieser legte offenbar großen Wert darauf, daß die Säuberungen auf bürokratische und „zivilisierte“ Weise abliefen. Namentlich nannte der Rektor den ehemaligen Studentenschaftsführer Kurt Böhlke, den stellvertretenden Studentenschaftsführer Erfurth und den Referenten für den Arbeitsdienst, Mund:

29 Zit. n. A. *Knepper* / J. *Wiesehöfer*, Friedrich Münzer. Ein Althistoriker zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Bonn 1983, S. 102.

30 U. *Hörster-Philippis* / B. *Vieten*, Die WWU beim Übergang zum Faschismus. Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft 1929-1935, in: Lothar *Kurz* (Hrsg.), 200 Jahre zwischen Dom und Schloß, Münster 1980, S. 96.

31 UAM NU B I 1 spec. Anl. 2; vgl. P. *Kess*, S. 161ff.

32 Vgl. U. *Hörster-Philippis* / B. *Vieten*, S. 98.

33 RSF I 07 p 255.

„Jedenfalls charakterisiert Herr Mund ebenso wie Herr Erfurth, den Geist, den Herr Böhlke in seiner Mitarbeiterschaft hat groß werden lassen. Dieser Geist ist für die Universität überhaupt und weil er von der großen Mehrzahl der hiesigen Studenten abgelehnt wird, auch für die nationalsozialistische Gewinnung unserer Gesamtstudentenschaft durchaus abträglich. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß, solange Amtswalter wie die Herren Böhlke, Erfurth oder Mund noch Einfluß auf die Führung der Studentenschaft haben, [...] hier eine ständige Gefahr von Unruhen bestehen bleibt [...].“³⁴

Die Radaumethoden der Studentenführung ließen den Rektor demnach befürchten, daß die Haltung der noch schwankenden Studierenden zum nationalsozialistischen Staat erheblich beeinträchtigt würde. Anlässlich der feierlichen Immatrikulation führte Naendrup am 14. November 1934 genauer aus, warum er offene Terrormaßnahmen ablehnte:

„Ich habe dabei namentlich solche [Studenten, R. P.] im Auge, [...] deren Lautheit bei dem Bekenntnis zum Nationalsozialismus im umgekehrten Verhältnis steht zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Universität und zur Wirklichkeit ihres nationalsozialistischen Handelns, Leute, die unter dem Deckmantel des Nationalsozialismus ihre Kommilitonen zu terrorisieren suchen. Abgesehen, daß durch einen solchen Zwang eine Gewinnung für den Nationalsozialismus nicht möglich ist, ja sogar eine Schädigung des Nationalsozialismus herbeigeführt wird, bin ich auch der Meinung, daß die große Mehrzahl der Studenten und auch der Dozenten unserer Hochschule schon ohne dies gesinnungsmäßig auf dem Boden des Nationalsozialismus steht.“³⁵

Wenn man sich ansonsten auch uneingeschränkt zur „Nationalen Revolution“ bekannte, so vermochten Naendrup und viele andere Akademiker den Nationalsozialismus in seiner gewaltsamen Form nicht zu tolerieren. Sobald die Studenten in ihrem unbefriedigten Aktivismus Rechtsbrüche begingen und bürgerliche Vorstellungen von Sitte und Anstand verletzten, nahm man von diesem pöbelhaften Auftreten Abstand und betrachtete es als dem neuen Staat nicht dienlich. Naendrups Ausführungen werfen aber auch ein bezeichnendes Licht auf die konkurrierenden Herrschaftsansprüche innerhalb der Partei. Rivalisierende Interessen standen einer zielgerichteten Gleichschaltung „aus einem Guß“ oftmals im Wege.

Die Gleichschaltung der Verbindungen 1934/35

Die Gleichschaltung der Korporationen war das Ergebnis eines monatelangen Ringens, in dessen Verlauf sich die Nationalsozialisten eher durch Kompetenzgerangel in den eigenen Reihen denn durch eine klare Linie auszeichneten.³⁶ Dennoch lassen sich verschiedene Entwicklungsphasen erkennen, die den unter-

34 UAM NU Personalakte v. Ubisch Nr. 218.

35 Ebd.

36 Vgl. A. Faust, *Der nationalsozialistische deutsche Studentenbund*, Düsseldorf 1973, Bd. II, S. 130ff.

schiedlichen Grad des Zugriffs auf die Verbindungen verdeutlichen. Seit dem Frühjahr 1933 versuchten NSDStB und Deutsche Studentenschaft, das sogenannte Führerprinzip sowohl in den studentischen Hochschulgremien als auch in den einzelnen Korporationen zu verankern. Diese erhielten Bestandsgarantien, sofern sie sich bereit erklärten, Erziehungsgemeinschaften im nationalsozialistischen Sinne zu werden. Aus diesem Grund wurden die meisten Verbindungshäuser in sogenannte Kameradschaftshäuser umgewandelt und ausgewählte Korporierte für Führungsaufgaben politisch geschult.

Als nächster Schritt auf dem Wege zur vollständigen Gleichschaltung der katholischen Verbände ist deren Aufgabe des konfessionellen Prinzips am 31. Januar 1934 anzusehen. Um nicht außerhalb der „Volksgemeinschaft“ zu stehen, hatten CV und KV bereits Führerprinzip, Arierparagraph und „nationalsozialistische Formen“³⁷ in ihren organisatorischen Strukturen akzeptiert und öffneten sich nunmehr auch für Nichtkatholiken. Gleichzeitig wurden der CV und die inzwischen aus KV und RKDB gebildete Katholische Burschenschaft dem DSt-Reichsführer Stäbel unterstellt.³⁸ Obwohl man somit der im Sommer 1934 beschlossenen Auflösung der konfessionellen Vereinigungen entgegen und den Bestand vorerst sichern konnte, kam es doch zu heftigen Kontroversen innerhalb der einzelnen Verbände. Viele Mitglieder erklärten ihren Austritt, andere versuchten, ohne die satzungsmäßige Verankerung des konfessionellen Charakteristikums weiterzubestehen. Mit der Beseitigung des konfessionellen Prinzips hatten die katholischen Verbände den wichtigsten Teil ihrer gemeinschaftsbildenden Substanz eingebüßt, so daß dieser Beschluß als erster Schritt zur Selbstauflösung angesehen werden muß.

In Münster registrierten die katholischen Korporierten die Entscheidung der Verbandsführungen mit Unverständnis. Anfang 1934 kam es zu einer mehr oder minder spontanen Protestkundgebung, die sich nicht nur gegen den Totalitätsanspruch des Staates, sondern außerdem wohl auch gegen das allzu willfährige Verhalten der Verbandsfunktionäre gerichtet haben dürfte. Zahlreiche Alte Herren und Aktive der katholischen Verbindungen trugen öffentlich die Farben ihrer Korporation.³⁹ Sie gaben mit dieser – seinerzeit illegalen – Handlung ihrem Willen Ausdruck, die Existenz der Korporationen zu sichern und – dies läßt der Zeitpunkt der Aktion vermuten – protestierten gegen die kurz zuvor beschlossene Aufhebung des konfessionellen Prinzips.

Danach schien zumindest oberflächlich Ruhe in die Reihen der katholischen Verbindungen einzukehren, denn die Abschaffung des Konfessionsprinzips eignete sich dazu, die Einigkeit aller deutschen Hochschüler zu demonstrieren und auch die katholischen Korporierten offiziell in die Phalanx der nationalen Kräfte einzugliedern. Die Konfession sollte keine trennende Barriere mehr darstellen.

37 H. P. *Bleuel* / E. *Klimmert*, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien, Programme, Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967, S. 253.

38 RSF II 457.

39 Mündl. Hinweis von Herrn H. Tork (CV).

Der münsterische CV-Führer formulierte den Einheitsgedanken anlässlich eines Schulungsabends seines Verbandes. Nach seinen Worten ermöglichte die Aufgabe des Konfessionsprinzips, „über alles Trennende hinweg der deutschen Einheit und dem deutschen Volke zu dienen“.⁴⁰

Die nächste Gleichschaltungsphase kündigte sich mit der Gründung der staatlich kontrollierten Gemeinschaft Studentischer Verbände (GStV) im Januar 1935 an. Die studentischen Korporationsverbände waren faktisch zum Eintritt gezwungen, wollten sie nicht gänzlich von der Bildfläche verschwinden. Aber auch die in der GStV zusammengeschlossenen Verbände verzeichneten einen zunehmenden politischen Bedeutungsverlust. Die vollständige Auflösung der Verbindungen war nur noch eine Frage der Zeit, zumal die nationalsozialistischen Machthaber fest im Sattel saßen und sich nach Ausschaltung des demokratischen bis kommunistischen Oppositionsspektrums endgültig der Eingliederung nationaler Organisationen annehmen konnten. Im Sommer 1935 war es für Hitler beschlossene Sache, die Korporationen in allernächster Zukunft aufzulösen.

An der WWU existierten von den nichtnationalsozialistischen Vereinigungen zu jenem Zeitpunkt neben den Korporationen lediglich der nationalistische Verein für das Deutschtum im Ausland sowie die völkische Hochschulgilde Widukind. Am 27. Oktober löste sich der CV auf, nachdem der münsterische Ortsverband diesen Schritt bereits im Wintersemester 34/35 vollzogen hatte.⁴¹ Bis zum Jahresende folgten weitere Verbände – der KV im November 1935, die Schwarzburgverbindung Teutoburg einen Monat später.⁴² Lediglich der UV weigerte sich, diesen Schritt zu vollziehen. Er behielt sogar das konfessionelle Prinzip bei. Im Gegensatz zu den übrigen Verbänden, die zur Existenzsicherung den neuen Machhabern erhebliche Konzessionen machten, konnte der UV mit seiner abweisenden Haltung vorerst weiterbestehen. Die UV-Verbindungen nahmen an Prozessionen teil und behielten ihre regimekritische Haltung trotz mannigfacher Repressalien bei. Zuletzt mußte sich die Regierung nicht anders zu helfen, als den UV 1938 mit dem Hinweis auf dessen angebliche staatsfeindlichen Bestrebungen aufzulösen.⁴³ Immerhin vermochte dieser drei Jahre länger zu existieren als die übrigen Verbände.

Deren Auflösungsgeschichte war zumeist ähnlich verlaufen. Nach dem mehr oder weniger offenen Bekenntnis zum neuen Staat bemerkte man schnell, daß die eigene Existenzberechtigung auf dem Spiel stand. Dem folgte die vereinsinterne Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und aktiven Nationalsozialisten, die das Verbindungswesen einer einheitlichen Führung unterstellen wollten. Die Verbindungen gaben dem äußeren und inneren Druck schließlich nach.

40 MA v. 10. 2. 1934.

41 Festschrift: 90 Jahre AV Zollern. Bd. I 1901-1935, hrsg. v. Altherrenverband der AV Zollern, Grevén 1991, S. 116.

42 Vgl. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Schwarzburgverbindung Teutoburg, Münster 1969, S. 25f.

43 Festschrift zum 60. Stiftungsfest des WKStV Unitas-Sugambria, Münster 1959, S. 56f.

Die münsterischen Korporierten Derichsweiler und Nonhoff (beide Sauerlandia, CV) sorgten auf Reichsebene für die Liquidation ihres Verbandes. Vergleichbare Konstellationen bestanden in den meisten Verbindungen vor Ort. In jeder gab es Nationalsozialisten, die innerhalb der Verbindungen „volksgemeinschaftliche“ Ideale durchsetzen und nationalsozialistische Politik verwirklichen wollten. Unterstellte sich ein Verband – anders als die Deutsche Burschenschaft – nicht freiwillig dem NSDStB, so gingen der Selbstauflösung gewöhnlich interne Dispute voraus. Parteimitglieder meinten ihren Korporationen einen guten Dienst zu erweisen, wenn sie in Überschätzung des eigenen Einflusses in Parteikreisen für den Bestand ihrer Verbindung eintraten. Genau daran hatte die NSDAP kein Interesse, und so gehört es zu den folgenreichen Fehleinschätzungen, wenn die Korporierten erwarteten, das traditionelle Eigenleben ihres Vereins neben dem Totalitätsanspruch des Staates aufrecht erhalten zu können.

Münsters Studierende und die „Nationale Revolution“

Wenige Tage nach dem Reichstagsbrand riefen Rektor, Prorektor sowie sämtliche Dekane der WWU die Universitätsangehörigen unter dem Banner des Antikommunismus zum politischen Burgfrieden auf:

„Dem Wahnsinn des Kommunismus ist die Mordwaffe aus der schon zum Stoße erhobenen Hand geschlagen worden. In diesem Augenblick fordern wir [...] alle unsere Kollegen und unsere Studenten auf, die Reihen fest zusammenzuschließen, alles Trennende von Konfession oder Partei zurückzustellen und nur mit unbesiegbarem Willen am nationalen Wiederaufstieg unseres Vaterlandes zu arbeiten.“⁴⁴

Antikommunismus und Nationalismus bildeten die Grundlage, die zur stillschweigenden Akzeptanz der „Nationalen Revolution“ beitrug und dafür sorgte, daß sich an der Universität Münster die nationalsozialistische Herrschaft etablieren konnte. Gleichwohl existierten auf Seiten der verbliebenen studentischen Vereine graduell voneinander abweichende Einschätzungen des Nationalsozialismus.

Die radikalisierten studentischen Mitglieder des CV hatten an der WWU während der gesamten Weimarer Republik eher mit den völkischen Verbindungen als mit den republikanischen katholischen Kräften zusammengearbeitet.⁴⁵

44 UAM NU E II 7 spec. Bd. 2, Bl. 57.

45 In einem Brief an Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß beschrieb der CV-Student und Nationalsozialist Albert Derichsweiler die Beziehungen mit den Worten: „Wie gut das Verhältnis zwischen der Münsterischen Sauerlandia [CV] und dem Münsteraner Waffening [d. i. der Zusammenschluß aller schlagenden Verbindungen, R. P.] war, beweist die Tatsache, daß der Münsteraner Waffening bei unseren Veranstaltungen chargierte und vertreten war und auch umgekehrt die Vertreter meiner damaligen Korporation beim Waffening chargierten; eine Tatsache, die in den übrigen deutschen Hochschulstädten wohl vollkommen unmöglich war, in diesem Zusammenhang aber den Beweis dafür gibt, daß meine ehemalige Korporation aufgrund ihrer politischen Haltung die Anerkennung der waffenstudentischen Korporationen Münsters besaß.“ Schreiben vom 21. 7. 1936, in: Berlin Document Center, Parteiakte Albert Derichsweiler, Oberstes Parteigericht.

Andererseits hielten es gemäßigte Mitglieder – insbesondere in Reihen der Alten Herren – gemeinsam mit dem Episkopat für unvereinbar, gleichzeitig dem CV und der NSDAP bzw. dem NSDStB anzugehören. Freilich hatte es auch immer Gegner solcher Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegeben. Einer von ihnen war der spätere münsterische Studentenschafts- und Reichsstudentenbundführer Albert Derichsweiler. Er trat 1931 der CV-Verbindung Sauerlandia bei und war zwischenzeitlich deren Consenior. In dieser Funktion stimmte er zusammen mit den beiden nationalsozialistischen Sauerlanden Strünck und Borgmann im August 1932 auf der CV-Versammlung in München gegen den Unvereinbarkeitsbeschuß des CV, woraufhin ihm Altherrenschaft und Aktivitas Sauerlandias ausdrücklich zustimmten.⁴⁶ Von den fünf auf der CV-Versammlung abgegebenen Stimmen gegen den Unvereinbarkeitsbeschuß kamen zwei von den münsterischen Verbindungen Sauerlandia und Saxonia.⁴⁷

Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 hielten sich die CV-Verbindungen mit ihrem Bekenntnis zum Nationalsozialismus zurück, da sie offensichtlich die Hirtenworte der Bischofskonferenz abwarteten. Bis zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes und der damit verbundenen Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Parteien nahmen die meisten Katholiken eine ähnliche Haltung ein. Nachdem die Regierung dem Episkopat gewisse kulturpolitische Konzessionen angedeutet hatte, revidierte die Fuldaer Bischofskonferenz ihre Warnungen und rief am 28. März zur Anerkennung des neuen Staates und zur Mitarbeit auf.⁴⁸ Im Wissen um den Hirtenbrief beeilten sich Aktivitas und Altherrenbund des CV, den Unvereinbarkeitsbeschuß des Vorjahres als „lediglich kirchenrechtlich begründet“ darzustellen.⁴⁹ Der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu NSDAP und CV stand nichts mehr im Wege. Der Senior der CV-Verbindung Cheruscia schrieb am 5. Mai an Studentenschaftsführer Derichsweiler:

„Die akademische Verbindung Cheruscia Münster stellt sich geschlossen hinter die Regierung der nationalen Revolution. Ferner ist es jedem Korporationsmitglied bedingungslos gestattet, der NSDAP anzugehören und in den nationalen Verbänden Dienst zu tun.“⁵⁰

Diese Haltung ist repräsentativ für den münsterischen CV, der im Mai 1933 einstimmig den Antrag von Bavaria-Bonn unterstützte, die Vorortkorporation Aenania-München zu rüffeln, da diese es nach der „Machtergreifung“ unterlassen habe, „Adolf Hitler als den Vorkämpfer eines christlichen, reinen Deutschlands zu begrüßen.“⁵¹ Sauerlandia, Saxonia und Zollern stimmten gar dagegen,

46 RSF II 145.

47 P. Stitz, *Der CV 1919-1938*, München 1970, S. 102f. Saxonia rückte von diesem Beschuß auf Druck der Altherrenschaft nachträglich ab.

48 E.-W. Böckenförde, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: *Hochland* 53 (1960/61), S. 220.

49 Aufruf des CV, abgedruckt in: *Academia* v. 15. 4. 1933, zit. n. H. Müller (Hrsg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930-1935*, München 1963, S. 90.

50 Archiv der AV Cheruscia.

51 Ebd.

Aenania weiterhin das Vertrauen für den CV-Vorsitz auszusprechen. Zuvor hatte Zollern der Verbandszeitschrift *Academia* ihr Befremden über das Übergehen der „Machtergreifung“ in der April-Ausgabe kundgetan.⁵²

Die wenigen zu Beginn der dreißiger Jahre vernehmbaren mahnenden Stimmen waren seit dem Frühjahr 1933 in Verlautbarungen des CV nicht mehr zu finden. Anfang Mai erfolgten Verhandlungen zwischen der Verbandsleitung und Vertretern von NSDStB und DSt, mit dem Ergebnis, daß „die Notwendigkeit der Gleichschaltung des C. V.“ anerkannt wurde.⁵³ Der Verband bekannte sich im Juli 1933 „zur nationalsozialistischen Revolution als dem großen geistigen Umbruch unserer Zeit. Der CV will und muß Träger und Kündler der Idee des Dritten Reiches sein [...]“.⁵⁴ Einige nationalsozialistische Aktivisten, wie beispielsweise Derichswiler, propagierten den Nationalsozialismus im Verband; die übrigen akzeptierten den neuen Kurs mit Einschränkungen. Bis zum Herbst des Jahres 1933 hatte sich der CV teils aufgrund inneren wie äußeren Drucks, teils wegen seiner ideologischen Prädisposition selbst gleichgeschaltet. Die politische Ablehnung des Nationalsozialismus, die bis in die jüngste Vergangenheit wiederholt als Nachweis des Widerstandes herhalten mußte,⁵⁵ artikulierten immer nur einzelne Mitglieder, die *nicht* die Mehrheit repräsentierten und sich teilweise heftige interne Kritik gefallen lassen mußten.

Der Aufruf zur Mitarbeit im neuen Staat erfolgte beim KV etwas weniger enthusiastisch. Analog zur Entwicklung anderer Verbände konnte sich im Laufe des Frühjahrs 1933 aber auch hier jene Richtung durchsetzen, die die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht grundsätzlich ablehnte. Unter der national-konservativen Führung von Männern wie Martin Spahn und Heinrich Glasmeier versuchte der KV das Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat religiös zu untermauern. Oberstes Gebot blieb jedoch, das Bestehen und Eigenleben einer jeden Verbindung zu sichern. Erschien dies gewährleistet, verhielten sich KV-Angehörige loyal, da sie kulturpolitische Zugeständnisse auf Reichsebene durch das Konkordat abgesichert sahen.

Daß das Bekenntnis zum Nationalsozialismus keineswegs ausschließlich aufgrund staatlicher Repressalien abgelegt wurde, dokumentiert ein Schriftwechsel vom Mai 1933. Das Vorstandsmitglied der KV-Korporation Eresburg, Kaplan Bertram, schrieb dem Schriftführer des Philisterverbandes zur Gleichschaltungsproblematik:

„Ich muß Dir zunächst mitteilen, daß ich seit über 2 Jahren Nationalsozialist bin. Du wirst jedenfalls staunen, aber es ist Tatsache. Ich habe mich natürlich, solange die Bischöfe contra waren, loyalerweise zurückgehalten. Meine durch wirklich gute politische Beziehungen fundierte Meinung ist die: Man wird die auf jahrzehntelanger

52 Vgl. P. Stitz, S. 139, 163.

53 Zit. n. P. Stitz, S. 157.

54 *Academia* v. 15. 7. 1933, zit. n. H. Müller, S. 168.

55 Ein Beispiel einer recht willkürlichen Auswahl von entsprechenden Zitaten liefert G. Hartmann, Es war ein Leidensweg. CV und Nationalsozialismus, in: *Academia* (Sonderheft) Februar 1988, S. 26-33.

vaterländisch erprobter Tradition beruhenden Korporationen nicht angreifen, wohl aber ausreichende Garantien dafür verlangen, daß die Korporationen ihre Leute im Sinne der nationalen Erhebung erziehen.“⁵⁶

Abgesehen von der Tatsache, daß hier ein katholischer Geistlicher offen mit der NSDAP sympathisierte, lassen die Zeilen weitere Schlüsse zu. Der Unvereinbarkeitsbeschluß des Episkopats hinderte viele katholische Korporierte nicht daran, sich als Nationalsozialisten zu betrachten oder der NSDAP beizutreten. Diesen Eindruck untermauert ein anderes Schreiben der Korrespondenz, in dem es heißt: „Mehrere Bundesbrüder waren schon vor den Wahlen – also zu einer Zeit, da das Verbot der Bischöfe noch bestand – Mitglieder der NSDAP.“⁵⁷ Die Existenz des Unvereinbarkeitsbeschlusses kann daher nur eingeschränkt als Kriterium für oppositionelles Verhalten angeführt werden, da eine erhebliche Anzahl von Korporierten die bischöfliche Resolution bewußt unterließ. Im Falle von Eresburg empfahl der Philistersenior dem Senior der Aktivitas, den nationalsozialistischen „Bundesbrüdern wegen dieser Zugehörigkeit keine Schwierigkeiten zu machen.“ In der Tat schien der Vorstand über die Mitgliedschaft in NSDAP und SA wohl nicht hochofret, jedoch auch nicht vollständig aufgebracht gewesen zu sein. Im nachhinein konnte derartige Verhalten als Toleranz gegenüber den nationalsozialistischen „Alten Kämpfern“ dargestellt werden, um nach dem 30. Januar 1933 dem Kriterium der nationalen Zuverlässigkeit zu entsprechen und in Parteikreisen keinen Argwohn zu erregen. Die Erwartung, Eresburgs Bestand könne garantiert werden, solange man nur den erzieherischen Erfordernissen nachkomme, deutet auf eine folgenschwere Fehleinschätzung des nationalsozialistischen Erziehungsanspruchs hin.

Die Parteimitglieder im KV verstanden sich nicht nur als Brückenkopf der NSDAP innerhalb des Verbandes, sondern auch als Garant für die Existenzsicherung der einzelnen Verbindungen. So empfahl sich Kaplan Bertram am 3. August für die Position des Korporationsführers bei Eresburg: „Auf Grund meiner Zugehörigkeit zur NSDAP wäre meine Wahl möglich. Es wäre jedenfalls dann die Garantie gegeben, daß Eresburg auf der bisherigen Linie fortgeführt würde.“⁵⁸ Die Gewähr für ein Weiterbestehen konnten auch die aktiven Nationalsozialisten innerhalb der Verbände nicht bieten, da das Nebeneinander von verschiedenen weltanschaulichen Organisationen der nationalsozialistischen Zielvorstellung vom gleichgeschalteten Einparteienstaat widersprach.

Angehörige des Ringes Katholischer Deutscher Burschenschaften (RKDB) kamen im Frühjahr 1933 ebenfalls zu einer positiven Einschätzung der „Nationalen Revolution“. Der Bruch mit dem Weimarer Staat wurde geradezu als Wohltat empfunden. Der Senior der RKDB-Verbindung Alania benutzte das gängige Vokabular, als er über die Weimarer Zeit urteilte:

56 Archiv der AV Franko-Silesia Breslau et Eresburg, Fontes Eresburgiensis Teil III Nr. 4.

57 Schreiben des Philisterseniors Berlage an Kaplan Bertram v. 17. 5. 1933, in: ebd., Nr. 9.

58 Schreiben Bertrams an Berlage, in: ebd., Nr. 16.

„Der Volkskörper trug zersetzende Giftstoffe in sich, die sein Blut schwächten und sich lähmend auf die noch tätigen Glieder des Volksganzen auswirkten. Erbitterter Haß garte im gedrängten deutschen Raum. Partei haderte mit Partei, Bruder mit Bruder, man verstieg sich zu einer wahnwitzigen Prinzipienreiterei und verlor darüber die heiligste Aufgabe aus dem Auge, die Gesundung der schwerkranken deutschen Nation. Wir waren erschlaft, verweichlicht, entartet.“⁵⁹

Aus der Rückschau des Jahres 1934 beschrieb der Senior in seinem Semesterbericht die positive Reaktion der Aktivitas auf den Machtwechsel: „Überall setzte der nationalsozialistische Scheuerbesen ein, und wir Alanen waren begeistert dabei. Auch bei uns ist gescheuert und geputzt worden.“ Die Aufbruchstimmung und das politische „Großreinemachen“ hatte auch diese münsterische Verbindung erfaßt. Ob es dabei zu innerkorporativen Spannungen kam, ist nicht festzustellen. Im Mai traten die Aktiven der Alania dem NSDStB sowie der SA bei. Gleichzeitig bemerkte man bereits erste Nachteile, da das Verbindungsleben wegen der Beanspruchung durch nationalsozialistische Organisationen litt. Noch nahmen die Alanen in ihrer Aufbruchstimmung dies alles klaglos hin. Für die vermeintliche nationale Erneuerung war man auf Kosten der Verbindung zu Opfern bereit. Der Semesterbericht schloß mit dem euphorischen Ausruf: „Ein herrliches Sommersemester 1933!“

Weit weniger begeistert nimmt sich der Bericht über das folgende Wintersemester aus. Der studienbegleitende wehrsportliche und propagandistische Unterricht drängte das Eigenleben der Verbindung immer weiter in den Hintergrund. Gleichzeitig verwirrte die plötzlich entstandene Rechtsunsicherheit. Viele Erlasse des Staates sowie der durch interne Auseinandersetzungen geschwächten Verbandsführung widersprachen sich oder waren zumindest so unklar, daß sie keine bindenden Normen darstellten.

„Unsere Arbeit begann mit frischem Mut. Unser Pflichtenkreis hatte sich gewaltig erweitert. Wir hatten geordnetere Verhältnisse ersehnt, gerieten aber immer mehr in ein verwickeltes Netz von Neuerungerlassen und Neueinrichtungen. Unsere Hoffnungen wurden geknickt. Pläne wurden geschmiedet, die bald wieder ins ‚Wasser‘ fielen. Schlagartig erließ die neue Verbandsführung Neuerungsverfügung auf Neuerungsverfügung. Ihre Tragweite war nicht zu überblicken.“⁶⁰

Inwieweit die münsterischen Angehörigen des UV ihre ursprünglich relativ republikfreundliche Gesinnung nach dem 30. Januar 1933 beibehielten und dies in Widerstandsverhalten einmündete, wird aus den spärlichen Quellen nicht ersichtlich. Zieht man die Verbandszeitschrift *Unitas* heran, so kann der Eindruck einer durchaus positiven Aufbruchstimmung im Frühjahr 1933 gewonnen werden. Der UV legte sein Bekenntnis zur „nationalen Regierung“ ab und begrüßte die neugeschaffene kulturelle Einheit des Volkes.⁶¹ Statt expliziter Abwehrhaltung ist die anbietende Suche nach dem Arrangement mit dem Nationalsozialismus zu erkennen. Die Verbandsführung versuchte aufgrund vermeintlich tra-

59 Archiv der AV Alania, Semesterbericht SS 1933.

60 Archiv der AV Alania, Semesterbericht WS 33/34.

61 *Unitas* 73 Nr. 8/9 (Mai/Juni 1933), S. 82, 85.

ditioneller Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus ihr Mitwirken weltanschaulich zu untermauern und das eigene Verhalten aus wohlwollender Distanz zum politischen Geschehen zu legitimieren. Generell ist aber wegen der vergleichsweise republikfreundlichen Gesinnung der UV-Angehörigen zu vermuten, daß eine Mehrheit die offiziellen Verlautbarungen nur halbherzig befürwortete. Bei der engen Beziehung zum Klerus muß davon ausgegangen werden, daß UV-Angehörige in den Hirtenworten des Episkopats die Leitlinie für politisches Handeln erblickten und 1933 größtenteils dessen Entwicklung nachvollzogen.

Der entscheidende Umschwung erfolgte Ende März 1933. Nachdem Hitler dem Episkopat kulturpolitische Zugeständnisse angekündigt hatte, nahm dieser seine Warnungen vor dem Nationalsozialismus zurück. Was folgte, war nicht nur die faktische Degradierung des politischen Katholizismus zur Bedeutungslosigkeit, sondern eine Welle von Bekundungen, die den Willen zur Mitarbeit im neuen Staat zum Inhalt hatten und von dem Fehlschluß ausgingen, die Existenz des katholischen Vereinsmilieus gegenüber dem Totalitätsanspruch des Staates aufrecht erhalten zu können. Die gesellschaftliche Gleichschaltung wollte oder konnte man nicht als politischen Grundsatz der Staatsführung erkennen.

Ein weiterer Faktor für die nahezu widerstandslose Eingliederung in die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ bestand in realen und vermeintlichen weltanschaulichen Gemeinsamkeiten. Die Grundhaltung der katholischen Studierenden bestimmten – mehr noch als bei anderen gesellschaftlichen Gruppen – antimodernistische Tendenzen. Damit einher ging der Versuch, die liberalen Er rungenschaften des 19. Jahrhunderts zu revidieren. Auf der Suche nach gemeinschaftlichen Bindungen unterstützten viele katholische Studierende eine organische Gesellschaftsauffassung, die ihre Ursprünge im Protest der Romantik gegen die „Ideen von 1789“ und die Moderne selbst hatten. Die Gemeinschaftsidee wurde zum Ideal des Zeitalters⁶² und erfaßte nicht nur die WWU-Studentenschaft, sondern außerdem weite Teile des sozialkatholischen Strömungen dominierten Katholischen Akademikerverbandes. In enger Anlehnung an die Theorie Othmar Spann's entwickelte dieser die Vorstellung, der kapitalistische Geist wirke gemeinschaftszersetzend und widerspreche daher der romantisch-organischen Gemeinschaftsidee.

Der Großteil der münsterischen Studierenden vermochte sich daher mit der im Grunde ebenfalls antimodernistischen neuen Staatsdoktrin zu arrangieren. Einer der namhaftesten katholischen Fürsprecher für die Kooperation mit den Nationalsozialisten war ein Angehöriger der Universität Münster. Es handelte sich um den im Sommersemester 1933 von der Universität Prag berufenen Professor der Katholisch-Theologischen Fakultät, Michael Schmaus. Sein Einfluß auf die für eine Annäherung zum Nationalsozialismus sensibilisierte Studentenschaft im Frühsommer 1933 sollte nicht unterschätzt werden. Immerhin hielt Schmaus seinen Vortrag über „Begegnungen zwischen katholischem Christen-

62 Vgl. hierzu A. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik, München, Paderborn, Wien 1977.

tum und nationalsozialistischer Weltanschauung“ am 11. Juli „auf Ersuchen der katholisch-theologischen Fachschaft im Auditorium Maximum der Universität Münster“.⁶³ Der stark besuchte Vortrag sorgte auch in publizierter Form für erhebliches Aufsehen. Derartige Veranstaltungen⁶⁴ scheinen damit dem Bedarf der katholischen Studierenden entgegengekommen zu sein, das Verhältnis zum Nationalsozialismus durch einen historisch-ideengeschichtlichen Brückenbau zu harmonisieren.

Schmaus bezog sich, nachdem er ausdrücklich auf die positiven Äußerungen der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März hingewiesen hatte, auf die Entstehung der aufgrund der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorherrschenden Klassengegensätze, die das Ergebnis des Jahres 1789 gewesen seien. Im katholisch-antimodernistischen Sinne legte er die Entwicklung vom 16. bis zum 20. Jahrhundert als Geschichte der modernistischen Entwurzelung des Menschen dar.⁶⁵ Dem universalistischen Menschheitsideal, mit seinen durch das Jahr 1789 symbolisierten Werten von Freiheit und Gleichheit, stellte Schmaus den Begriff des Volkstums gegenüber. „Nur als Glied eines Volkes kommt der einzelne zur Entfaltung und Erfüllung seiner menschlichen Persönlichkeit.“⁶⁶ Im Nationalsozialismus erkannte er den Protest gegen die Rationalität des 19. und 20. Jahrhunderts. Dies war für ihn der Anknüpfungspunkt, um bestehende Gemeinsamkeiten zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus darzulegen:

„In dem entschiedenen Nein zum Liberalismus, der den Menschen Schöpferkraft zuschrieb, die nur dem wirklichen Schöpfer zukommt, ist Katholizismus und Nationalsozialismus durchaus gleichgerichtet. [...] Von dieser Schau her wächst ihm [d. i. der Katholik, R. P.] die Auffassung von der hierarchischen Ordnung der Dinge und Menschen. Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins.“⁶⁷

Mögen viele seiner Ausführungen konstruiert und anbiedernd wirken, so darf dennoch nicht unbeachtet bleiben, daß es tatsächlich diese antidemokratische Gemeinsamkeit der Republikgegner war, die für das Scheitern der Weimarer Demokratie verantwortlich zeichnete. Letztendlich ging es Schmaus darum, bestehende und vermutete ideologische Affinitäten zu legitimieren und die nationale Zuverlässigkeit des katholischen Bevölkerungsteils zu untermauern. Ständische Gliederung, Führerideal, Volksgemeinschaft, Drittes Reich und ähnliche nicht eindeutig umrissene Begriffe ermöglichten vielen Katholiken im Jahre 1933 zumindest die teilweise Identifizierung mit dem Nationalsozialismus. Für das Gros der münsterischen Studierenden bedeutete dies die vermeintliche Etablie-

63 M. Schmaus, *Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung*, Münster 1933, S. 3.

64 Professor Baumstark beispielsweise referierte vor der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studierender über „Das katholische Deutschland und die nationalsozialistische Seelenhaltung“; MA v. 27. 1. 1934. Schmaus selbst leitete im Herbst 1933 mehrere Tagungen des Katholischen Akademikerverbandes, die sich mit ähnlichen Themen befaßten; MA v. 16. 10. 1933.

65 M. Schmaus, S. 9ff.

66 Ebd., S. 18.

67 Ebd., S. 24f.

rung des in der Weimarer Zeit von ihnen vertretenen undemokratischen Ideengutes. Selbst wenn man Schmaus, wie nach 1945 durch Fakultätskollegen geschehen, die ansonsten nicht näher belegte Absicht unterstellt, mäßigend auf den Nationalsozialismus einwirken zu wollen,⁶⁸ so steht trotzdem zu vermuten, daß der Vortrag am 11. Juli 1933 seine systemstabilisierende Wirkung auf die Studierenden der WWU nicht verfehlte. Offenbar nahmen diese die Ausführungen dankbar auf. Im gleichgeschalteten Münsterischen Anzeiger hieß es: „Der Vortrag wurde oft durch Beifall unterbrochen, der am Schluß nicht enden wollte.“⁶⁹

Die Versuche des Brückenbaus machten den Nationalsozialismus unter den katholischen Studierenden im Jahre 1933 salonfähig. Dennoch existierten auch weiterhin große Vorbehalte, beispielsweise bei den Angehörigen der ehemaligen Hochschulgruppen des politischen Katholizismus. Der Windthorstbund verfolgte einen strikten Oppositionskurs, der schließlich zu seiner Auflösung führte. Noch während der Konkordatsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan beschlagnahmte die Polizei auf Befehl von Reichsstudentenbundführer Schirach im gesamten Deutschen Reich den Besitz der katholischen Jugendverbände und des Windthorstbundes.⁷⁰

Die Deutsche Burschenschaft (DB) begrüßte den Machtantritt Adolf Hitlers wie kein anderer studentischer Verband. Lange schon hatten Burschenschafter die Ziele der Nationalsozialisten befürwortet. In Münster zeugt die Mitgliedschaft zahlreicher Burschenschafter im NSDStB vor 1933 von ihrem nationalsozialistischen Engagement. Die Burschenschaft Franconia erhielt im Sommersemester 1933 als vorsitzende Burschenschaft der DB die Gelegenheit, offizielle Erklärungen des Verbandes gegenüber der neuen Regierung zu verfassen. Noch vor Semesterbeginn fand sich der Vorstand der DB zusammen, um in einem Aufruf die „nationale Revolution“ enthusiastisch zu begrüßen. Dabei versäumte er es nicht, auf die Tradition des eigenen Verbandes hinzuweisen, dessen Streben nach nationaler Einheit nunmehr durch die Nationalsozialisten verwirklicht worden sei.

„Burschenschafter! Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden. Das deutsche Volk hat bei der soeben abgeschlossenen Wahl [...] zum erstenmal seit der Schmach von 1918 bekannt, daß höchstes und oberstes Gut nationale Einheit und nationaler Freiheitswille ist. [...] *Klassen- und Parteigegensätze haben unter diesem Zeichen keinen Raum im deutschen Volke.*“⁷¹

68 Mündliche Auskunft des Universitätsarchivs Münster über die Personalakte Schmaus.

69 MA v. 12. 7. 1933.

70 W. Baldauf, Zwischen Staatstreue und Widerstand – Katholische Jugend in Münster nach 1933, in: H. G. Thien / H. Wienold / S. Preuß (Hrsg.), Überwältigte Vergangenheit – Erinnerungsscherben, Münster 1984, S. 37. Am 1. 7. 1933 wurde die Wohnung des Gerichtsreferendars Ferdinand Schmedding durchsucht und Material des Bundes beschlagnahmt, Stadtarchiv Münster Polizeiregistratur Fach IV Nr. 134, Bl. 15.

71 Burschenschaftliche Blätter (BBl) 47. Jg. Nr. 6 (März 1933), S. 130. Einer der drei Mitunterzeichner war Dr. H. Heinrichs, Franconia-Münster [Hervorhebungen im Original, R. P.].

Die Burschenschafter wähten ihr angeblich altes Ziel eines völkischen Nationalstaates von den Nationalsozialisten verwirklicht. Ohnehin vorhandene Sympathien und ideologische Affinitäten nahmen unter dem Eindruck der „nationalen Revolution“ zu. Die vermeintliche Zersplitterung des Weimarer Parteienstaates schien überwunden, die spätestens seit dem Weltkrieg herbeigesehnte Aufhebung der Klassengegensätze in greifbarer Nähe zu sein. Die DB identifizierte sich derart stark mit dem Nationalsozialismus, daß sie umgehend daran ging, ihre Organisationsstruktur nach dem Führerprinzip umzugliedern. Die entsprechende Erklärung, an deren Konzipierung wiederum die münsterische Verbindung Franconia beteiligt war, legt nicht nur Zeugnis von der engen Beziehung zum Nationalsozialismus ab, sondern überträgt dessen Leitvorstellungen auf interne Verbandsstrukturen:

„Grundlage für die Neuordnung der Deutschen Burschenschaft ist die geistige Einstellung des Burschenschafters zu Volk und Nation, die stets und immer eindeutig im Bekenntnis zum Aufbau des Dritten Reiches festgelegt ist. [...] Der in der Verfassung der Deutschen Burschenschaft festgelegte Innenaufbau der Deutschen Burschenschaft gestattete nur in beschränktem Maße einen politischen Einsatz der Deutschen Burschenschaft. Von den Unterzeichneten wurde daher die unbedingte Notwendigkeit einer völligen Neugliederung des Gesamtverbandes erkannt.“⁷²

Auch an der Etablierung des Führerprinzips waren Münsteraner Franconen beteiligt. Sie begrüßten die „Geistige Wende“ in einer Ausschließlichkeit, die an der WWU ihresgleichen suchte. Dabei traten bereits aus der Weimarer Republik bekannte Motive auf. Erwin Petri (Franconia) erläuterte in den *Burschenschaftlichen Blättern* seine Vorstellung einer „Geistigen Wende“,⁷³ die er hauptsächlich als Abkehr von der „eisigkalten Objektivität“ der Nachkriegswelt auffaßte. Deutschland habe sich der westlichen Welt „plötzlich entfremdet, eine Verwandlung seiner Kulturidee bahnt sich an“. Als Träger dieses tiefgreifenden Umbruchs machte er die junge Generation aus, die ihr revolutionäres Engagement bekanntlich schon während der Weimarer Zeit in völkischen Bewegungen gezeigt hatte. Dem deutschen Streben nach der Ganzheit des Menschen und der Nation stellte Petri den seiner Meinung nach überkommenen Individualismus westlicher Prägung, die „nahezu völlige Atomisierung der Gemeinschaft“ gegenüber:

„Deutschland ist auf dem Wege, sich von der schwülen, giftüberladenen Atmosphäre des Westens, die ihm auf Leib und Seele lastet, zu befreien. Der Glaube an das Individuum an sich, das unendlich einsam neben dem anderen steht [...] wird zum Aberglauben. Die Entproblematisierung, die Vereinfachung, schlichtes Erfassen der Seele der großen Gemeinschaft, der Nation, so ist das Ziel, dem entgegen zu wandern wir uns anschicken.“

Die zunehmende Komplexität der modernen Industriegesellschaft führte dazu, daß immer mehr Studierende immer weniger Antworten auf gesellschaftliche Fragen fanden. Zur Problemlösung suchten sie in der Geborgenheit der Ge-

72 BBl 47. Jg. Nr. 8 (Mai 1933), S. 53.

73 E. Petri, Geistige Wende, in: BBl 47. Jg. Nr. 6 (März 1933), S. 133.

meinschaft nach Vereinfachung. Eine bewußte Konfrontation mit politischen Fragen wollten sie vermeiden. Mit Abscheu betrachteten sie die „giftüberladene Atmosphäre des Westens“ und kehrten der Moderne den Rücken. Ihren Vorstellungen entsprachen die überschaubaren Einheiten eines organisch-ständischen Staatsgebildes. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft veranlaßte die münsterischen Burschenschafter, den Nationalsozialismus, der vorgeblich dieselben Ziele besaß, vorbehaltlos zu unterstützen. Vergessen waren in solchen Momenten organisatorische Querelen mit dem NSDStB oder die Befürchtungen um den eigenen Bestand. Die „nationale Revolution“ schweißte zusammen.

Die übrigen nichtkonfessionellen Verbindungen gaben ihre Billigung des neuen Regimes in ähnlicher Weise wie die Burschenschaften zu erkennen.⁷⁴ Insbesondere der Verein Deutscher Studenten (VDSt) vermochte auf seine traditionelle antisemitische Ausrichtung zu verweisen und betonte, daß ihm viele Auslandsdeutsche angehörten. Der ehemalige Rektor Schmidt erklärte 1937 voller Stolz:

„Als der münsterische Verein [VDSt] im Juli 1933 sein Stiftungsfest feierte, konnte der Festredner in Gegenwart der NSDAP mit Recht von uns sagen, wir wären der einzige (!) akademische Verein, der nicht umzulernen brauche.“⁷⁵

Selbst wenn in diesen Worten die nachträgliche Anbiederung an die neuen Machthaber zum Ausdruck kommen mag, so ist die Aussage nicht unbegründet. Die 1935 erlassenen sogenannten Nürnberger Gesetze stellten in der Tat keinen Gegenstand des Umlernens dar, sondern setzten die aus der Weimarer Zeit bekannten antisemitischen Tendenzen von CV, DB, VDSt und den nichtkonfessionellen Verbindungen fort. Seit Jahren war Juden die Mitgliedschaft hierin untersagt.

Von den politischen Hochschulgruppen, die ihrer Auflösung entgegensahen, sind aus der Zeit nach der „Machtergreifung“ mit einer Ausnahme keine Stellungnahmen erhalten. Es existiert lediglich eine Aussage der Deutschnationalen Hochschulgruppe, die umgehend ihre Selbstauflösung herbeiführte. Die Gruppe begrüßte die Regierung der „Harzburger Front“, da diese die konservativen Werte eines autoritären Machtstaates zu gewährleisten versprach:

„Der Parlamentarismus und der Liberalismus haben in Deutschland von nun ab keine Existenzberechtigung mehr. Unser Hochziel, eine studentische Selbstverwaltung an den Universitäten und eine Großdeutsche Studentenschaft auf volksbürgerlicher Grundlage, für das wir seit Jahren kämpften, ist in unserem Sinne erreicht worden.“⁷⁶

Die Identifikation mit den neuen Machthabern fiel leicht, weil die Deutschnationale Hochschulgruppe auf die vormalige gemeinsame Republikfeindschaft mit den Nationalsozialisten abheben konnte. Die Deutschnationalen hatten während der Weimarer Republik den autoritären, antidemokratischen Staat ge-

74 Vgl. H. P. Bleuel / E. Klümmert, S. 243ff.

75 G. Schmidt, Mein Leben, (masch.) Münster 1937, S. 79.

76 National-Zeitung v. 7. 5. 1933.

fordert. Vieles deutete darauf hin, daß das Kabinett Hitler diesen Vorstellungen nun entsprach. Zudem erwarteten die Studierenden der Hochschulgruppe möglicherweise, daß sich die deutschnationale Position in der Regierung durchsetzen könne und ihren eigenen Vorstellungen vollends Rechnung getragen würde.

„Beispielgebend für die gesamte deutsche Studentenschaft“?

Die Gleichschaltung der Westfälischen Wilhelms-Universität und ihrer Studentenschaft erfolgte nur unter vereinzeltem Widerstand sozialistischer Hochschüler. Zumindest für das Jahr 1933 muß von einer weitreichenden Zustimmung der Studierenden zur neuen Regierung ausgegangen werden. Etwaige Vorbehalte, die auf eine Verwurzelung im katholischen Milieu zurückzuführen sind, wurden ansatzweise wirksam, fanden hingegen immer weniger Berücksichtigung, je offener sich die Bischöfe zum neuen Staat bekannten. Ferner wog bei den meisten die gemeinsame antirepublikanische Tradition zu schwer, um Widerstand gegen die Totengräber der Weimarer Republik angebracht erscheinen zu lassen.

Vor dem 30. Januar 1933 waren die Nationalsozialisten an der WWU – verglichen mit anderen Universitäten – relativ selten in Erscheinung getreten, nach der Machtübernahme holten sie in dieser Hinsicht Versäumtes zügig nach. Das Urteil Derichsweilers, die münsterische Studentenschaft sei im Hinblick auf ihre politische Schulungsarbeit „beispielgebend für die gesamte deutsche Studentenschaft“ gewesen, erweist sich dennoch als übertrieben. Immerhin gab es an der WWU Studierende – vermutlich mehr als an anderen Universitäten –, die eine eher kritische Haltung einnahmen und den Verlockungen und Drohungen der Nationalsozialisten nicht nachgaben.⁷⁷ Zu ihnen zählten die relativ wenigen republiktreuen Studierenden in den Hochschulgruppen der demokratischen Parteien, der Unitas-Verband sowie ein Teil der katholischen Jugendbewegung an der WWU. Schon bald wuchs diese Gruppe um diejenigen, die den Totalitätsanspruch des Staates erst nach und nach erkannten. Das Gros der Studentenschaft war allerdings ungeachtet aller organisatorischen Differenzen zunächst bereit, sich mit den nationalsozialistischen Machthabern zu arrangieren. Politische Prädispositionen sowie die Aufgeschlossenheit gegenüber visionären Gemeinschaftsparolen ließen die Distanz der Studierenden zum Nationalsozialismus schrumpfen und bauten bei den meisten systemkritischem bzw. nonkonformistischem Verhalten vor.

⁷⁷ Leider versiegen nach dem 30. Januar 1933 die Quellen über oppositionelle – und daher aufgelöste – Gruppen in der Studentenschaft.